

Gerwin, E.

**Article — Digitized Version**

## Preisverbilligungsaktion in Großbritannien

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Gerwin, E. (1949) : Preisverbilligungsaktion in Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 33-37

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130877>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

noch nicht zur Gewöhnheit geworden ist. Unter diesen Umständen muß die Regierung durch hohe Steuern für „Zwangssparen“ sorgen, selbst wenn damit eine Rückkehr zu freiwilligem Sparen um so schwieriger wird. Sie befindet sich hier in einer Zwangslage.

#### DER SOZIALSTAAT

Die Wechselwirkung zwischen Steuern und Sparen ist aber nicht das einzige Dilemma, in das die britische Wirtschaftspolitik durch die Einkommensverschiebungen geraten ist. In ähnlicher Weise haben sie auch die Wahl zwischen hohen sozialen Aufwendungen des Staates für Lebensmittelsubventionen usw. und einem Steigen der Lebenshaltungskosten erschwert; denn die Arbeiterschaft hat sich noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen, daß sie selbst durch Steuerzahlungen die Rechnung für erhöhte soziale Aufwendungen bezahlen muß und daß ihrem erhöhten Anteil am Nationaleinkommen ein erhöhtes Maß finanzieller Verantwortung entspricht. Allzu oft werden soziale Leistungen als ein Recht betrachtet, dem keine Pflichten gegenüberstehen, während direkte Steuern wohl als notwendiges Übel in Kriegszeiten, nicht aber als

dauernde Begleiterscheinung und Ausdrucksform einer höheren sozialen und finanziellen Stellung angesehen werden. Diese Einstellung wurde vom britischen Schatzkanzler bei der Vorlage des letzten Haushaltsvoranschlags scharf angegriffen, ist aber weit verbreitet.

Solange sich die britische Wirtschaft einer Vollbeschäftigung erfreut — und die Regierung wird diesem Ziel alles andere unterordnen —, wird die Arbeiterschaft ihre jetzige finanzielle Stellung behaupten. Wenn sich die industrielle Produktivität in erwartetem Umfang erhöht, sollte auch eine leichte Steigerung des Lebensstandards allgemein möglich sein, und diese würde manche der Probleme lösen, die gegenwärtig große Sorgen verursachen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Einkommensverschiebungen zugunsten der Arbeiterschaft eine Schwächung der privaten Kapitalbildung zur Folge haben, die dem Staat eine wichtigere Funktion auf diesem Gebiete zuweist, und es ist fraglich, ob die hohe Besteuerung, die zur Erfüllung dieser Funktion und zur Bestreitung der hohen sozialen und anderen Regierungsausgaben notwendig ist, auf die Dauer wirtschaftlich verantwortet werden kann.

## Preisverbilligungsaktion in Großbritannien

Dr. E. Gerwin, Forest Row, Sussex

Von einer „sozialen Revolution“ in Großbritannien zu sprechen, die ihren Anfang im vergangenen Kriege nahm und deren Abschluß noch nicht erreicht ist, kann nicht als eine Übertreibung bezeichnet werden. Denn durch verschiedene Aktionen, teils in Erfüllung konkreter öffentlicher Forderungen, teils zur Beschwichtigung latent vorhandener Unzufriedenheit, hat England einen sozialpolitischen Sprung getan, der es in die Spitzengruppe der Sozial-Staaten gebracht hat.

Es darf beim „Messen“ dieses Sprunges nicht nur an die Umwandlung des berühmten „Beveridge-Plans“ in ein staatliches Versicherungsschema gedacht werden, obwohl dieses Gesetzeswerk mit seinem Kernstück, der Gesundheitssicherung, zweifellos die wichtigste und willkommenste Veränderung bedeutet. Es müssen auch die Erziehungsreform, das Wohnbauprogramm, die Nahrungsmittelsubventionen und die übrigen Verbilligungsaktionen für Gebrauchsartikel, wie die „Utility-goods“ einbezogen werden. Und schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß diese sozialen Maßnahmen noch dadurch unterstützt werden, daß den Lohnempfängern und ihren Angehörigen ein größerer Teil des Volkseinkommens zufließt als früher.

#### DIREKTE EINKOMMENSUMSCHICHTUNG

Man muß sich, wenn man den Umfang der indirekten Einkommens-Umschichtung richtig erfassen will, zunächst ein Bild von der direkten Umschichtung machen. Das britische Volkseinkom-

men hat sich in den letzten zehn Jahren von 4,64 auf 9,67 Mrd. £ erhöht (ohne Abschreibungen und Gebäudeunterhaltung mit 450 Mill. £ für 1938 und 825 Mill. £ für 1948). Es ist bemerkenswert, daß der

Tabelle I

#### Gliederung des Einkommens aus Arbeit und Besitz (in %)

Vor Berücksichtigung der Einkommensteuer				
	1938	1946	1947	1948
Löhne .....	37	39	42	44
Gehälter .....	24	21	21	21
Wehrsold .....	2	7	4	3
Gewinne, Zinsen, Mieten <sup>1)</sup> ....	37	33	33	32
<b>Persönliche Einkommen .</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
Nach Berücksichtigung der Einkommensteuer				
	1938	1946	1947	1948
Löhne .....	39	43	46	48
Gehälter .....	25	20	21	21
Wehrsold .....	2	8	5	3
Gewinne, Zinsen, Mieten <sup>1)</sup> ....	34	29	28	28
<b>Persönliche Einkommen .</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> Einschl. Einkommen aus freien Berufen und Landwirtschaft.  
Quelle: Britisches Weißbuch über Volkseinkommen und Ausgaben 1946—1948.

für den privaten Verbrauch verbleibende Teil, in Preisen von 1938 gerechnet, praktisch unverändert geblieben ist (siehe Tabelle II). Dagegen hat die Struktur des persönlichen Einkommens aus Arbeit und Besitz, das sich 1948 auf 8,93 gegenüber 4,62 Mrd. für 1938 belief, eine erhebliche Wandlung erfahren. In der vorstehenden Tabelle kommt das bereits in der prozentualen Aufteilung vor Erhebung der Einkommensteuer zum Ausdruck, noch deutlicher jedoch nach Erhebung der Einkommensteuer, die bekanntlich scharf progressiv ist.

Einschränkend muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß sich durch verstärkte Heranziehung der Frauen, z. T. in Kurzarbeit, die Anzahl der Lohnempfänger leicht erhöht hat. Im wesentlichen ist jedoch die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Lohnempfänger von 39 % vor dem Kriege auf 48 % darauf zurückzuführen, daß Arbeiter und ihre Organisationen in der Sicherung von Lohnverbesserungen über die Verteuerung der Lebenshaltungskosten hinaus erfolgreich gewesen sind, während das Einkommen der Gehaltsempfänger in öffentlicher und privater Tätigkeit auch in der letzten Dekade weiter abgesunken ist. Der Einkommensrückgang aus Grund- und Hausbesitz sowie aus Zinsen und Geschäftsgewinnen ist noch etwas stärker als in der Statistik zum Ausdruck kommt, da das ebenfalls inbegriffene Farmer-Einkommen auf das Vierfache gestiegen ist und 1948 2,6 % des Volkseinkommens ausmachte, gegen 1,3 % im Jahre 1938.

Die Vollbeschäftigung, die während des größeren Teiles des Krieges und in der Nachkriegszeit herrschte, hat sehr viel dazu beigetragen, daß für die Arbeiterschaft nunmehr 48 % des persönlichen Einkommens nach Abzug der Einkommensteuer zur Verfügung steht. Diese Tatsache sollte man nicht vergessen, wenn man die gegenwärtigen Lohnkämpfe in England und den wachsenden Widerstand der Arbeiterschaft gegen den — niemals scharf durchgeführten — Lohnstop beurteilen und in das rechte Verhältnis zu den britischen Bemühungen um Kostensenkung setzen will. Es macht sich nicht nur in Auseinandersetzungen um Stundenlöhne, sondern fast noch stärker in Forderungen auf Überstundenbezahlung für Arbeit an Samstag-Nachmittagen und ähnlichen Sonderforderungen geltend, daß die britische Arbeiterschaft ihren Kampf um einen größeren Anteil am Volkseinkommen nicht aufzugeben gedenkt — auch nicht vorübergehend für die beginnende Periode der Kostensenkungen. Da außerdem ein weit verbreitetes Mißtrauen gegen maschinelle Produktionsverbesserungen — in Erinnerung an die daraus resultierende Arbeitslosigkeit nach dem ersten Weltkrieg — besteht, wird das Lohnproblem zweifellos die härteste Nuß bei den im internationalen Absatzkampf unvermeidlichen Kostensenkungen sein. Das Problem wird nicht geringer dadurch, daß die Verstaatlichung von Wirtschaftszweigen bisher die „Gegnerschaft“ des Arbeitnehmers gegenüber dem Unternehmer nicht wesentlich verringern konnte.

Tabelle II

Aufteilung persönlicher Ausgaben für Güter und Dienste in Großbritannien

	1938		1948		1948 (in Preisen von 1938)		Preisindex 1948 (1938=100)
	in Mill. £	in %	in Mill. £	in %	in Mill. £	in %	
Nahrungsmittel .....	1.297	30	2.181	27,3	1.340	30	163
Wohnung .....	491	11,3	598	7,5	534	12	112
Heizung, Licht .....	197	4,5	349	4,4	242	5,5	143
Dauerhafte Haushaltsgüter ..	234	5,5	435	5,4	184	4,2	235
Bekleidung .....	446	10,3	853	10,7	407	9	209
Personenkraftwagen .....	127	3	81	1	45	1	180
(Kauf und Betrieb)							
Öffentliche Verkehrsmittel ..	163	3,8	322	4	243	5,5	132
Alkoholische Getränke .....	285	6,6	762	9,5	264	6	288
Tabakwaren .....	177	4,1	772	9,6	199	4,5	388
Unterhaltung (davon <sup>2</sup> / <sub>3</sub> auf Filme) .....	64	1,5	180	2,2	105	2,5	171
Gesamt .....	4.296	100	8.004	100	4.437	100	180

Quelle: Amtl. britisches Weißbuch über Volkseinkommen und Ausgaben in Großbritannien 1946 bis 1948.

Im Zusammenhang mit der direkten Einkommensumschichtung sind noch zwei weitere Faktoren zu beachten: Das ist einmal die Einkommensstaffelung, die Anreiz vom Aufstieg aus einer niedrigeren in eine höhere Einkommensstufe durch Lehrzeit, Examen, Abendstudium, durch Übernahme größerer Verantwortung usw. bietet. Innerhalb der Arbeiterschaft sind diese Stufungen voll anerkannt.

Sie werden, wie letzthin die Bemühungen der Labour-Regierung zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten bei den britischen Eisenbahnen zeigten, sozialpolitisch eher als zu weitgehend empfunden. Die Gewerkschaften, die in England hauptsächlich als Facharbeiter-Organisationen entstanden sind, sträuben sich gegen jede Nivellierung von Löhnen innerhalb eines Wirtschaftszweiges. In

anderen Sphären, bei Beamten, höheren Angestellten, Technikern, Wissenschaftlern usw. beginnt diese „Nivellierung“ bereits in den nur leicht höheren Einkommensgruppen durch die progressiv steigende Einkommenssteuer. Zweitens wird durch die Einkommensumschichtung an die „Risiko-Prämie“ für den Unternehmer und die Kapitalbildung durch den Unternehmer eine „Bremse“ angesetzt, die, zu scharf angezogen, zum Überschlagen des Wirtschaftswagens führen kann.

Es ist notwendig, sich diese mit der direkten Einkommens-Umschichtung verbundenen Einflüsse klarzumachen, weil sie auch bei der Beurteilung der indirekten Umschichtung eine Rolle spielen. Vor allem die Begrenzung höherer Einkommen in Verwaltung und Wirtschaft, die sich dämpfend auf die Initiative legt, wenn sie über ein als sozial gerecht empfundenen (ein relatives, in jeder Epoche verschiedenes) Maß hinausgeht, kehrt nunmehr wieder: Denn die indirekten Einkommens-Umschichtungen müssen aus den Steuern finanziert werden, die eben diese Nivellierung der höheren Einkommen herbeiführen bzw. verschärfen.

#### GELDLOHN ODER SOZIALLOHN

Der Geldlohn in der britischen Industrie liegt für 1948 nach einer Untersuchung des britischen Arbeitsministeriums, die sechs Millionen Arbeiter umfaßte, bei nahezu 6 £ wöchentlich, was einer Erhöhung gegenüber 1938 um 120% entspricht. Darin sind auch die Löhne für Jugendliche und für Frauen enthalten, die stärker gestiegen sind als die Löhne für männliche Arbeitskräfte, die um 100% auf durchschnittlich fast 7 £ wöchentlich anwuchs. Dieser industriellen Lohnkalkulation kommt eine Spitzenrolle zu. Die Berücksichtigung anderer, geringer bezahlter Gruppen, wie Verkehr, Landwirtschaft oder Einzelhandel, würde den Durchschnittslohn für alle Arbeitnehmer wahrscheinlich näher an 5 £ (für Männer näher an 6 £) wöchentlich heranbringen.

Diesem Geldlohn wird durch die öffentlichen Preisverbilligungsaktionen, vor allem für Nahrungsmittel, ein Zuschlag hinzugefügt, der für eine vierköpfige Familie etwa 40 £ im Jahr oder mehr als 15 s wöchentlich beträgt. Dieser Teil des „Sozial-Lohns“ allein erhöht also einen Wochenlohn von 6 bis 7 £ um 11 bis 12 1/2%. Die Kosten für die Staatskasse sind beträchtlich. Schatzkanzler Cripps mußte für 1948/49 Nahrungsmittelsubventionen von 471 Mill. £ veranschlagen, die sich durch Nachbewilligungen auf 485 Mill. £ erhöhten. Das sind 6% der persönlichen Ausgaben (siehe Tabelle H), die allein durch die Preisbeeinflussung der Nahrungsmittel (einschl. Tee!) umgeleitet werden. Dennoch wurde Cripps von Anhängern der Labour Party und von den Gewerkschaften scharf angegriffen, als er im Budget für 1949/50 eine Höchstgrenze für diese Subventionen von 465 Mill. £ festsetzte. Das erforderte eine Kürzung der Subventionen für Fleisch, Butter, Margarine und Käse. Die daraus entstehenden Preiserhöhungen für diese Nahrungsmittel machen bei den gegenwärtigen Rationen eine Verteuerung der Lebenshaltung für eine vierköpfige Familie um 1 s 1 d je Woche aus. Dadurch wurden Subventionen von 73 Mill. £ eingespart, während Cripps weitere 30 Mill. £ zur Stabilisierung der Subventionen durch Senkung der Einfuhrzölle für Tee und Zucker beisteuerte. Das Ziehen einer oberen Grenze für Subventionen hat nicht nur eine finanzielle Begründung angesichts eines Ausgaben-Voranschlags von 3,31 Mrd. £ für 1949/50, es hatte sich auch erwiesen, daß sowohl die britische Landwirtschaft, die 57% der Subventionen in Form höherer Preise oder besonderer „Ermunterungs-Subventionen“ erhält, als auch ausländische Handelspartner Großbritanniens ihre Forderungen deshalb höher zu schrauben geneigt waren, weil sie „keine Verteuerung der britischen Lebenshaltung“, sondern „nur“ eine Erhöhung der staatlichen Subventionszahlungen auslösten.

Tabelle III

#### Kosten der britischen Nahrungsmittelsubventionen (in Pence)

	Einheit	Subventionen			Einzelhandelspreis
		1. 4. 47	1. 4. 48	1. 11. 48	
Brot	3 1/2 lb	6 1/4 <sup>1)</sup>	5	5 3/4	9
Mehl	7 lb	12 1/4	11 1/4	13	17 1/2
Frischfleisch	1 lb	3 1/2	4	4 1/4	10 3/4
Eier	1 Dutzend	20	24	15	36
Speck	1 lb	6 1/4	9	9 3/4	26 1/2
Butter	1 lb	9 3/4	11 1/2	15 1/2	16
Käse	1 lb	8 1/2	11 1/2	12 3/4	10
Margarine	1 lb	4 1/4	2 3/4	4 1/2	9
Speisefett	1 lb	...	2	3 3/4	12
Zucker	1 lb	3	2	2 1/4	5
Tee	1 lb	11	6	12 1/2	38
Kartoffeln	7 lb	4 3/4	2 1/2	2 1/2	11 1/2
Milch, 1 Quart.	(1,16 l)	2	1 1/2	1 3/4	10

<sup>1)</sup> Für ein 4 lb Brot  
Quelle: *The Economist*, Volume CLVI, 1949, Page 337.

## WIRKUNG DER LEBENSMITTELSUBVENTIONEN

Aus der Aufstellung über die Kosten der Subventionen je Gewichtseinheit (siehe Tabelle III) ist deutlich zu ersehen, wie stark sich die Verbilligungsaktion auf die einzelnen Nahrungsmittel auswirkt. Die oben erwähnten Budgetveränderungen, durch die Fleisch und Käse um je 4 d je lb, Butter um 2 d je lb und Margarine um 1 d je lb verteuert wurden, sind darin nicht berücksichtigt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die wichtige soziale Aufgabe, die Veränderung der Reallöhne durch vorübergehende scharfe Schwankungen der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel im Kriege und nach dem Kriege zu verhindern, weitgehend durch die britische Subventionspolitik gelöst worden ist. Großbritannien hatte dadurch 1948 mit Ausnahme von Norwegen die niedrigsten Nahrungsmittelkosten, verglichen mit 1937, aufzuweisen.

Es ist dagegen eine grundsätzlich andere Frage, ob es auf lange Sicht richtig ist, die Nahrungsmittelpreise künstlich niedrig zu halten und den Staatshaushalt mit den Preiserhöhungen zu belasten. Für knappe und daher rationierte Lebensmittel ist es eine Frage der Zweckmäßigkeit, wann man den Zeitpunkt für gekommen hält, diesen Teil des „Soziallohns“ auf dem Wege über Lohnerhöhungen in einen Reallohn zu verwandeln oder ihn durch Unterlassung von andernfalls möglichen Steuersenkungen zugunsten der Allgemeinheit abzubauen. Bei einem ausreichenden Nahrungsmittelvorrat (Getreide, Mehl), den die Regierung zwar aus anderen Gründen zentral eingekauft hat, bleibt die Entscheidung zwischen Subvention und Preiserhöhung gleichfalls eine Zweckmäßigkeitsfrage, zumal stets die Notwendigkeit bleiben wird, dem Farmer einen Ausgleich für seine höheren Kosten zu gewähren.

Die Fragwürdigkeit der Subventionierung wird jedoch sehr offenkundig, wenn man einen knappen Artikel von der Rationierung ausnimmt, ihn jedoch gleichzeitig subventioniert. Es ist hier an die Aufhebung der britischen Rationierung von Süßigkeiten gedacht. Man glaubte, die Rationierung dadurch loszuwerden, das man das bisherige begrenzte Angebot von 4 Unzen wöchentlich auf den durchschnittlichen Vorkriegskonsum von  $4\frac{3}{4}$  Unzen erhöhte und freien Verkauf zuließ. Da jedoch Süßigkeiten unter Subventionierung und Preiskontrolle fallen, also erheblich billiger sind als andere nicht subventionierte „Verlockungen“, so drängte die Nachfrage zu diesem preiswerten, weil subventionierten Genuß. Sie betrug 6 bis 8 Unzen wöchentlich — der genaue „freie“ Bedarf läßt sich nicht über eine längere Frist ermitteln, weil das Angebot zu knapp ist, Süßigkeiten wieder „Bückware“ geworden sind und wahrscheinlich demnächst wieder rationiert werden müssen. Die Alternative, den Preis sich frei bilden zu lassen — was auf den wöchentlichen Einkauf von durchschnittlich 5 Unzen je Person vielleicht 3 bis 4 d ausmachen würde — wagte man „aus sozialen Gründen“ nicht zu wählen.

Nun, es ließe sich über jedes einzelne Beispiel der Subventionierung eine sozialpolitische Studie an-

stellen. So hat sich z. B. einwandfrei ergeben, daß sich der britische Milchkonsum, der sich gegenüber der Vorkriegszeit in allen Formen um 28 %, in der Form von Frischmilch allein um 66 % erhöht hat und einen wertvollen Eiweiß-Ausgleich für das sehr viel geringere Fleisch-Angebot darstellt, nur bei dem verhältnismäßig niedrigen Preis von 4 bis 5 d je pint (0,58 Liter) auf dem aus Gründen der Ernährungsbalance erwünschten hohen Stand halten läßt. Tabak dagegen ist ein Artikel, für den beinahe jeder Preis gezahlt wird. Nicht einmal das Bier kann sich der gleichen Preisunempfindlichkeit rühmen. Wie aus Tabelle II über die Aufteilung der persönlichen Ausgaben hervorgeht, hat sich der Aufwand der Engländer für Tabak in den letzten zehn Jahren auf das  $4\frac{1}{2}$ -fache erhöht, wobei nur etwa 12 % mehr an Rauch in die Luft geblasen werden konnte, und zwar schlechterer Rauch.

## DAS SOZIALPROGRAMM

Die direkte und indirekte Einkommensumschichtung zugunsten der Arbeiterklasse — wobei die indirekte Umschichtung nicht nur den Arbeitern, sondern allen Gruppen mit niedrigen Einkommen zugutekommt — hat sich die Versorgung gleichmäßiger gestaltet. Diese gleichmäßigere Versorgung ist also der eigentliche soziale Gewinn. Es mag unrationell sein, den Tabak zu besteuern, um durch Farmer-Subventionierung die Milch zu verbilligen, anstatt beide ihren Preis am Markt finden zu lassen. Dennoch wird dieser soziale Faktor auch nach Überwindung der Nahrungsmittelknappheit im Mittelpunkt der Erwägungen über den „sozialen Lohn“ bleiben. Das gleiche gilt für den Sektor der Erziehung, für den England 1948 allein im Staatsbudget 186 Mill. £ ausgab (ohne die über die Kommunalverwaltung getragenen Erziehungskosten). Diese Aufwendungen werden sich weiter mit der beabsichtigten zweiten Erhöhung des schulpflichtigen Alters von 15 Jahren (seit 1947) auf 16 Jahre und der Verbesserung der Schulen erheblich erhöhen. Das gleiche gilt aber auch für den freien Gesundheitsdienst, der zusätzlich zu den vom einzelnen gezahlten Beiträgen zur allgemeinen Nationalversicherung im Sinne des Beveridge-Plans mehr als 250 Mill. £ für ein volles Jahr Steuermittel beansprucht, und für die Alters-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, für die annähernd 90 Mill. £ im Budget ausgeworfen wurden.

Gleichmäßigere Versorgung, jedoch ohne nennenswerten Einsatz von Geldmitteln, wird auch durch das Utility-Programm, die Herstellung von Standardwaren an Bekleidung und Haushaltsartikeln, erreicht. Diese utility-goods werden nicht nur durch Serienproduktion und scharfe Preiskontrolle verbilligt; sie sind auch von der purchase tax, die bis zu hundert Prozent des Großhandelspreises betragen kann, ausgenommen. Aber diese Aktion entspringt nicht so sehr langfristigen sozialpolitischen Erwägungen, sondern mehr dem Bestreben, den notwendigsten Bedarf der breiten Masse an einigen Gebrauchsartikeln unter sparsamem Einsatz

von Rohstoffen, Maschinen und Arbeitskräften zu sichern, ohne mehr als notwendig den Export zu beeinträchtigen.

Schließlich ist noch das Wohnbauprogramm zu betrachten. In einer Subventionsaufrechnung des britischen Weißbuchs über das Volkseinkommen werden die über die kommunalen Instanzen gezahlten und aus den Grundsteuern finanzierten Wohnbauschüsse auf 25 Mill. £ jährlich beziffert. Auch hier ist das Bestreben maßgebend, den Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen den knappen Artikel Wohnraum möglichst billig und in wachsendem Umfang durch Neubauten und Umbauten zu beschaffen. Auch hier, wie beim Gesundheits- und Erziehungswesen, ist jedoch die Gefahr gegeben, daß die Kosten Jahr um Jahr ansteigen — und die Leistungsfähigkeit der britischen Volkswirtschaft vielleicht einmal übersteigen. Es wird von manchem englischen Volkswirt bezweifelt, ob es tragbar sein wird, ständig 40 Prozent des Volkseinkommens durch staatliche und kommunale Steuern einer gelenkten Verwendung zuzuführen. Was allgemein als eine Gefahr übertriebener Umschichtung für die Zukunft angesehen werden muß, ist in der Wohnbauwirtschaft praktisch bereits erreicht. Die Baukosten einerseits, die Stabilisierung der Mieten auf einem sehr niedrigen Stand andererseits, haben privates Bauen ohne Staatszuschuß fast unmöglich gemacht. Wenn 90 Prozent der Wohnbauwirtschaft bereits

von der öffentlichen Hand abhängig sind und Ambitionen für einen Wohnstandard bestehen, der die durchschnittlichen Baukosten für ein Wohnhaus (Einzelhäuser sind noch immer in England in der Mehrzahl) auf 1.800 £ bringt, so ist damit ein Grad von Unwirtschaftlichkeit erreicht, der leicht sehr bald zur radikalen Einschränkung öffentlicher Wohnbauprogramme führen kann — und das ist natürlich das letzte, was erreicht werden soll.

Die Einkommens-Umschichtung ist an einen Punkt gelangt, an dem mancherlei grundsätzliche Entscheidungen gefällt werden müssen. Wirtschaftlich können — nach den Worten von Schatzkanzler Cripps — weitere soziale Leistungen nur aus einem steigenden Realeinkommen, also aus größerer Produktivität finanziert werden. Andere Betrachter bezweifeln sogar, ob die steigenden Kosten der bereits beschlossenen Sozialleistungen aufgebracht werden können, ohne daß der Bogen überspannt oder für zu lange Zeit der Höchstspannung nahegehalten wird. Soziologisch ist der Zeitpunkt für Großbritannien gekommen, an dem die Arbeiterschaft aus ihrer Kampfstellung heraustritt und sich — selbstverständlich unter Wahrung aller Rechte einschließlich des Rechtes auf Revision alter Verträge — zur gemeinsamen Arbeit mit der Wirtschaft (Privatwirtschaft und Staatswirtschaft) zusammenfindet.

## Die Entwicklung der Preis- und Lohnrelationen in Frankreich

### Le Redressement de l'Economie Française — Prix et niveaux de vie<sup>1</sup>

M. R. Froment, Paris

Die Hauptsorge der Regierungskreise in Frankreich war im Jahr 1946 die Wiederaufrichtung der Produktion. Sie kam in der Devise „Produzieren zu jedem Preis“ zum Ausdruck.

Ab 1947, als die Inflation sich fortsetzte und die soziale Agitation ernste Formen anzunehmen begann, wurde die Frage der Kaufkraft der Lohnempfänger und das Problem des Kampfes gegen Preiserhöhung akut. Aber trotz eines behördlichen Versuchs der Preissenkung am Anfang des Jahres konnte auf diesem Gebiet kein dauerhaftes Resultat erzielt werden. Anfang 1948 nahm die Regierung dieses Problem energischer in Angriff. Maßnahmen zur Sicherung eines ausgeglichenen Budgets und zur Krediteinschränkung stellten wirksame Mittel für den Kampf gegen die Inflation dar. Aber die schlechte Ernte von 1947 gefährdete den Erfolg aufs ernste.

Im Spätsommer 1948 waren alle Voraussetzungen für eine Stabilisierung des Franc gegeben. Die landwirtschaftliche Produktion zeigte wieder reichliche Ergebnisse, die industrielle Tätigkeit erreichte ein zufriedenstellendes Niveau, die Außenhandelsbilanz besserte sich und bildete dank der Marshallhilfe nicht mehr eine Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Aber unter dem Druck der Arbeiter

mußte die Regierung in eine 15prozentige Erhöhung der Löhne einwilligen, ernste Streikbewegungen, besonders im Kohlenbergbau, störten die Produktion. Die Preise stiegen weiter an. Diese Bewegung wurde jedoch durch die Erklärung eines ausgeglichenen Budgets am Ende des Jahres, den Bankrott der sozialen Agitation, das rasche Anwachen der industriellen Produktion Anfang 1949 (6% von Januar bis März) und vor allem durch die Auswirkungen der reichen Ernte von 1948, die eine Preissenkung der Lebensmittel brachte, endlich gebremst.

Dieses Resultat ist die Frucht zweijähriger Bemühungen, die trotz Ungeschicklichkeiten und unzeitgemäßer Maßnahmen immerhin eine Etappe auf dem Wege der Wiederaufrichtung begründen konnten. Die Anstrengungen müssen sich jetzt auf die Senkung der Herstellungspreise durch Erhöhung des Produktivitätsgrades richten, das die einzige Mittel zur Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung darstellt.

#### ERSTE PREISENKENGUNGSAKTION

Im Dezember 1946 zeigt der offizielle Preisindex folgenden Stand (1938 = 100):

Lebensmittelgroßhandelspreise	865
Industrieller Großhandelsindex	739
Kleinhandelspreis in Paris	946

<sup>1</sup>) Übersetzung des französischen Originalartikels von Dipl. rer. pol. L. Berghändler.